

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Gebr. Krentholt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Albstadt

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten in der Woche vom 1. bis 7. September 800 000.— M., unter Streifenhand für Deutschland die Nummer 200 000.— M., Einzelnummer 150 000.— M.

Druckerei: Wettinerplatz 10, Tel. 28281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 28281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Ugeblatt, Nonpareilgröße 200 000.— M., auswärts 240 000.— M., die 8spalt. Nr. 100 000.— M., ausm. 1000 000.— M., ausm. 800 000 u. 2 400 000 M. Bei mehrmal. Aufgab. Ermäßig. Familienangeh. Stellen- u. Mietgesch. 40 Brod. No. für Brieflieferant. 40 000 M.

Nr. 205

Dresden, Montag den 3. September 1923

34. Jahrg.

Italiens Kriegspolitik

Die Wegnahme Korfu

Wie aus Athen gemeldet wird, wurde Korfu von den Italienern besetzt, nachdem die Stadt ohne vorherige Ausrufung während einer halben Stunde bombardiert worden war. Durch das Bombardement der italienischen Kriegsschiffe wurden 15 Personen getötet. Die Granaten zerstörten ein Gebäude, das früher als Kasino der englischen Polizei gebildet hatte und jetzt Büchlinge beherbergte. Die Besetzung der offenen Stadt Korfu wird von der italienischen Regierung damit begründet, daß der Forderung nach Erfüllung der weichen Forderungen auf dem Fest nicht nachgegeben ist. In einer Proklamation wird kundgemacht, daß man die Insel als „Sanktion“ besetzt, um ein Pfand in der Hand zu haben, damit man die griechische Regierung zur Erfüllung der Reparationsforderungen zwingen könne. Mussolini lernte von Poincaré.

Weitere Besetzungen. Die römische Presse meldet, daß bereits weitere Besetzungen erfolgten. Nicht nur Korfu, sondern auch einige kleinere andere Inseln Griechenlands seien besetzt worden, jedoch sei Samos nicht darunter. So nehmen die kriegerischen Aktionen ihren unheilvollen Fortgang.

Das Bombardement ist „friedlich“

Mussolini fandte an die Regierungen aller Länder ein Telegramm, in dem es heißt: „Durch diese Maßnahme beabsichtigt Italien in keiner Weise einen kriegerischen Akt. Es will lediglich sein Prestige wahren und seinen unbedingten Willen kundtun, die Reparationen zu erhalten, die ihm Griechenland nach den Grundsätzen des Völkerrechts schuldet. Die italienische Regierung hofft, daß Griechenland nicht durch eine unbedingte Sanktion der friedlichen Charakter unserer Maßnahmen ändert. Unsere Maßnahmen schließen in keiner Weise diejenigen Sanktionen aus, die die Völkerrechtlerkonferenz dafür beschließen wird, daß die von ihr mit der Besetzung der albanischen Grenze beauftragte Militärkommission in Griechenland ermordet wurde.“

Wso Besetzung, Aukergiehung, Besetzung der Insel — alles ist „friedlich“. Nur wenn sich die Lieberallene wehrt, dann bezieht er etwas — „Kriegesrisiko“. Das ist die Moral des Imperialismus.

Neues Ultimatum Mussolinis

Athen, 1. September. Der italienische Gesandte teilte dem griechischen Außenminister mit, daß die griechische Antwort von der italienischen Regierung als ungenügend bezeichnet worden sei und daß die italienische Regierung der griechischen fünf Stunden Zeit gebe, eine neue Antwort abzugeben. Später begab sich der italienische Gesandte von neuem in das Außenministerium, wo er eine neue Note überreichte, nachdem die Besetzung von Korfu durch italienische Truppen nachmittags 4 Uhr angezeigt wurde.

Englands Vermittlungspolitik

Die englische Regierung ist stark bemüht, den italienisch-griechischen Konflikt durch den Völkerbund regeln zu lassen. Sie hat bereits entsprechende Schritte unternommen, gleichzeitig aber auch einen Teil ihrer Flotte in die griechischen Gewässer entsandt, um im Eventualfall zur Verteidigung eigener Interessen eingreifen zu können. Italien ist einer Regelung des Konfliktes vor dem Völkerbund vorläufig noch abgeneigt. Mussolini scheint sogar die Absicht zu haben, jeden Interventionsversuch abzulehnen. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß die jetzt von einem Teil der italienischen Presse offen ausgesprochene Absicht auf Annexion Korfus gelingen dürfte. Unter diesen Umständen ist die Laftache nicht von der Hand zu weisen, daß Italien zur Stärkung seiner Position versuchen wird, durch Zugeständnisse in der Reparationsfrage die französische Regierung auf seine Seite zu ziehen. Inwiefern das gelingt, muß vorläufig abgewartet werden.

Der Völkerbund versagt

Nach Meldungen aus Athen hat die griechische Regierung dem Sekretariat des Völkerbundes, dessen Rat am Sonnabend zusammentritt, die telegraphische Bitte unterbreitet, nach Artikel 12 des Völkerbundespatentes zu intervenieren. Nach Genfer Meldungen hat sich der Völkerbundrat damit befaßt, jedoch keinen Beschluß über seine Zuständigkeit fassen können. England und Schweden waren für Zuständigkeit, Frankreich und die anderen enthalten sich der Meinung. Man beschloß — Vertagung der Frage.

Lord Curzon, der englische Außenminister, ist schleunigst nach Paris gerückt und hat mit Poincaré über den Konflikt und über die Ruffrage verhandelt. Ergebnis unbekannt.

Erdbebenkatastrophe in Japan

Reuter meldet aus Osaka, daß am Sonnabend in Japan ein schweres Erdbeben von sechs Minuten Dauer wahrgenommen wurde. Alle Uhren blieben stehen. Die Telefonlinie Katsushika ist zerbrochen. Ein zweiter Stoß wurde um 2 Uhr 28 Minuten nachmittags spürbar. Unübersehbarer Schaden wurde in Tokio, Yokohama und Yokosuka angerichtet.

Assoziiertes Press meldet aus Yokohama, fast die ganze Stadt liege in Flammen, und viele Menschen seien dem Brande zum Opfer gefallen. — Einer weiteren Meldung nach soll Yokohama infolge des Erdbebens fast gänzlich vernichtet sein.

Aus späteren Telegrammen geht folgendes hervor: Das Erdbeben war besonders heftig in der Nachbarschaft des Fujiyama, des Riesenberges. Über Tokio und zugleich alle in der Nähe niedergegangen. Die Stadt wurde von wiederholten Stößen heimgesucht. Nach einer dreißigminütigen Welle liegten Tokio in Flammen. Zahlreiche Gebäude sind eingestürzt. Die Wasserleitungen sind zerbrochen, die Eisenbahnen sind in einem Zustande von hundert Meilen in Unordnung. Mehrere Flüsse, die auf der Fahrt nach Tokio waren, sind durch das Erdbeben gerastet worden. In Tokio soll der kaiserliche Palast in Flammen stehen. Yokohama soll von einer Sturmflut heimgesucht worden sein.

Die Verständigungspolitik

Unter dem Motto: Ein offenes Wort schreibt und der Sozialdemokratische Parlamentarismus folgende Ausführungen, die man zur Kenntnis und Beurteilung der Politik der neuen Regierung nicht übergehen kann.

Das Ziel der Verständigungspolitik wird gegenwärtig nicht nur von der deutschen Sozialdemokratie verfolgt, sondern ist auch von der Reichsregierung zu einem Programm der von ihr zu treibenden Politik gemacht worden. Besser konnte der Volkswille nicht Rechnung getragen werden. Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht nichts sehnlicher als eine Erledigung der bestehenden Konflikte, weil sie davon überzeugt ist, daß wir ohne Verständigung nie wieder lebensfähig werden. Im Laufe der letzten Jahre ist sie darüber aufgeklärt worden, daß zum Wiederaufbau vor allen Dingen ein wahrer Friede notwendig ist.

Nur ein ganz winziger Teil unserer Bevölkerung schwört auf eine Politik des ewigen Hasses gegenüber Frankreich, um damit gleichzeitig parteipolitische Ziele im Innern zu verwirklichen! So wünschen z. B. unsere Deutschnationalen die Fortsetzung des Ruhrkonfliktes unter allen Umständen, sie wollen nicht mehr und nicht weniger als das Chaos, weil sie in der Einbildung leben, daß sie nur nach vollkommener Vernichtung der Volksgemeinschaft die verschwundene Monarchie wieder aufbauen können. Ihre Gedanken kreuzen sich also mit den Gedanken der unsrer Moskowiter. In Worten wollen beide unser Volk vor dem Untergang retten, während sie in Wirklichkeit zunächst nichts Sehnsüchtigeres wünschen als den Zerfall des Reiches und die endgültige Katastrophe, die durch eine rückwärtslose Fortsetzung des Ruhrkampfes dem Besten Deutschlands ihren Ausgang nehmen soll. Mit Entschiedenheit wird deshalb heute jede Regierung, die nach Verständigung trachtet, bekämpft und jeder vernünftige Hinweis, der einer Lösung des Ruhrkonfliktes dienen könnte, als Landesverrat gegenüber dem Volke und als Vorkriegspolitik gegenüber der Abwehrfront bezeichnet.

Leider finden die Gegner einer Verständigungspolitik in unserm Volke zeitweise unerfahrene Unterstützung. Als wir in diesen Tagen darauf verwiesen, daß die von dem Reich ausgearbeiteten Richtlinien über die Möglichkeit einer Verständigung des Ruhrkonfliktes Zustimmung bei den Abwehr- und Ausschüssen der besetzten Gebiete, als einzig ordnungsmäßige Vertretung der im Abwehrkampf stehenden Volksmassen, gefunden hat, verurteilten uns einige große bürgerliche gemäßigtere Zeitungen einer Handlungsweise zu beschuldigen, die uns nicht nur ferngelegen hat, sondern die wir bisher auch entzogen haben vermögen. Wir haben bis jetzt aus bestimmten Gründen die unbedingten Vorwürfe über uns ergehen lassen. Aber es scheint jetzt doch notwendig, erneut festzustellen, daß die in der letzten Woche in Berlin verammelten Abwehrschüsse aus den besetzten Gebieten mit Nachdruck von der Reichsregierung eine Politik der Verständigung ge-

fordert haben. Die Abwehrschüsse sind in Uebereinstimmung mit der Ruhrbevölkerung bereit zu einem vernünftigen Kompromiß und zur Verzichtleistung auf den passiven Widerstand,

so bald sich Frankreich durch eine Formulierung bereit erklärt, die Ausgewiesenen zurückzulassen, die Gefangenen freizugeben und allgemeine Sicherheiten für Leben und Existenz der Bevölkerung zu bieten. Wir bedauern nur, daß es möglich sein konnte, an diese Auffassung Marmartel zu knüpfen, obwohl sich jeder abwägende Politiker sagen sollte, was die innere Lage Deutschlands erfordert. Deshalb muß einmal klar ausgesprochen werden, daß nicht die Kritiker in der Stille darüber zu bestimmen haben, wann und wie der Ruhrkampf abgebrochen wird, sondern nur diejenigen, die jetzt seit fast neun Monaten den Kampf an der Ruhr führen. Vertreter dieser Volksmassen haben in Berlin gesprochen und

die Reichsregierung hat in Uebereinstimmung mit ihnen bestimmte Schritte unternommen, die auf eine Verständigung hinführen.

Eigentlich wäre es Pflicht der Reichsregierung gewesen, das vor aller Öffentlichkeit in einer Form festzustellen, die der Sache angepaßt war. Jedenfalls hätte das zur Verabfolgung gewisser angeregter Geister mehr gedient als jene zweideutigen Dementis, die inzwischen durch den neuen Presseschub das Licht der Welt erblickten.

Die Regierung als verantwortliche Instanz für die Politik des Reiches muß den Mut haben, früh genug das zu sagen, was aus innerpolitischen Gründen notwendig ist. Sie muß sich gleichzeitig aber auch der innerpolitischen Gefahren bewusst sein, die jetzt bereits wieder aufstehen und durch falsche Angaben über die Beilegung des Ruhrkonfliktes. Von vorn herein ist eine neue Dolchstoßlegende unmöglich zu machen, nicht nur weil diese Legende neuen Haß im Volke erweckt, sondern vor allem, weil sie auf Zug und Trug aufgebaut ist. Es ist erfreulich, daß der Reichsinnenminister Solmann den Verrätern am Volk in einem Interview gegenüber einem Vertreter des Sozialdemokratischen Parteiorganes bereits den entschiedenen Kampf angelegt hat. Dieser Kampf ist notwendig, er muß geführt werden mit Unterstützung der Mehrheit des Volkes, die für eine Verständigung ist. Diese Verständigung hat nichts mit Kapitulation gemein. In Wirklichkeit wünschen diejenigen eine Kapitulation, die andre des Dolchstoßes bezüchtigen. Am wenigsten denkt die Sozialdemokratie daran, einer Kapitulation auch nur das Wort zu reden. Sie hat von jeder Kapitulation getrieben und sie läßt sich bei ihrer gegenwärtigen Einstellung zum Ruhrkonflikt genau so von der Vernunft leiten wie das Kabinett Stresemann. Zug und Trug aber müssen dieser Vernunft weichen, gegebenenfalls auch mit Gewalt!

Stresemanns Notrufe

Der Reichskanzler fordert Opfer von den Besitzenden, Ueberarbeit von den Arbeitern, Staatsgefängnis von den Beamten — Ins Zuchthaus mit den Steuerabteuren! — Heraus die Devisen!

Reichskanzler Stresemann ist am Sonntag in Stuttgart gewesen und hat dort in einer Zusammenkunft von Vertretern der württembergischen Regierung, des Handels, der Industrie, der Unternehmer- und Arbeiterverbände eine Rede gehalten und innerpolitischen Lage gehalten, die noch einmal den Ruf der neuen Reichsregierung darlegte und auf einen sehr ersten Ton gestimmte war. Stresemann sagte u. a.: Diejenigen, die da glauben, aufbauen zu können auf dem ihnen selbst konstruierten Sockel aus Eisen und Stahl und die in dieser Zeit äußersten Grades an Verfassungskämpfe oder innerpolitische Kämpfe denken, logischen Verdrängen an der Nation, Rhein und Ruhr sind abgeschafft. Es gibt einen Weg zu finden, der uns ins Freie führt. Die Alliierten verlangen von uns Garantien tatsächlicher deutscher Leistungen. Wir sind bereit, auf den Boden der Erhaltung produktiver Ständer zu treten. Reichsbesitz und Privatbesitz sind die Pfänder, die wir dargeboten haben. Zu unsern Leistungen brauchen wir ein Material und eine internationale Anleihe, für die die deutschen produktiven Ständer leisten. Ein in seiner Souveränität wiederhergestelltes Deutschland, im Besitze seiner wirtschaftlichen Mittelkräfte, die es in dem angebotenen Maße zu Reparationsverpflichtungen zur Verfügung stellt, würde bei Adaption dieser Grundzüge wohl in der Lage sein, die Garantien der Hinterpflichtungen zu übernehmen, auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte. Zur französischen Forderung der Sicherheiten am Rhein ist zu sagen, daß wenn die am Rhein interessierten Staaten sich bereinigen sollen, um die Uebereinstimmung der gegenwärtigen Gebietszustände auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland werde für die Durchführung einer solchen Forderung die bester größte Friedenssicherheit bieten.

Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und an Rhein steht sich nach der Stunde, in der dieses blühende deutsche Land der eigenen regen wirtschaftlichen Tätigkeit wiedergegeben wird. Diese Stunde wird kommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf der Grundlage dieser deutschen produktiven Standleistung die Lösung des Konfliktes möglich ist, die der Sinn unsern passiven Widerstandes war. Denn dieser war niemals Uebermut oder

Selbstgewalt, sondern er sollte nur dazu dienen, uns den Zustand der Freiheit des Ruhrgebietes wieder zu verschaffen. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Lebens irgendjemand gegenüber freizugeben.

Innerpolitisch sind wir in einen Zustand heftiger finanzieller Bedrängnis, in einen Zustand höchster wirtschaftlicher Not hineingeraten. Unser Etat balanciert nicht, unsere Kassa ist in wenigen Monaten von 600 Millionen Goldmark auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen. Ein Deutschland ohne Rhein und Ruhr ist nicht lebensfähig, ein Deutschland ohne Verfassung über Ruhr und Rhein ist außerstande, irgendwelche Reparationsleistungen zu vollbringen.

Zur innerpolitischen Befundung brauchen wir eine Wehrpflicht des Volkes, aber auch eine Wehrpflicht der Arbeit und eine Wehrpflicht des Beamtenstandes gegenüber dem Reiche und gegenüber dem Staate. Der Wehrpflicht muß ganz andre Opfer bringen, als bisher. Wir brauchen auch die Lust und Liebe zur Arbeit. Wir brauchen da, wo lebhafte wichtige Vorkommnisse des Staates vorliegen, auch die Ueberarbeit für das allgemeine Wohl. Wenn wir über den größten Teil des besetzten Gebietes nicht mehr verfügen, wenn die Kohlenproduktion sich unter Kontrolle vollzieht, dann müssen wir mindestens im unbesetzten Gebiet das Letzte herausholen und zur Verfügung des Staates stellen. Drittens aber ist notwendig die Eingabe des Beamtenstandes an den Staat. Da wo es technisch und materiell nicht möglich ist, wollemerweise keine Rechte aufrechtzuerhalten, weil sonst das Gefüge der Wahrung in Unordnung kommt, ist es nötig, daß in erster Linie dem Staate und dem Reiche die andern Notwendigkeiten untergeordnet werden. Wir lassen mit der Staatsanleihe nicht ein Schindluder treiben! Wir werden die Staatsanleihe durchsetzen gegenüber jedem, der da glaubt, sich über die Mittel setzen zu können.

Der Staat wird nicht repräsentiert durch die Parteien oder durch die parteipolitische Einsetzung dieses oder jenes Kabinetts. Man bewilligt die Steuern nicht einem Kabinetts, man bewilligt sie dem Staate, man bewilligt sie dem Reiche, damit das Reich bestehen kann. Wer in dieser schweren Zeit Steuern sabotiert oder gar dazu ansetzt, gerät nicht nur in die Meinung hinter Schloß und Riegel. Wir wollen jetzt ein wertvolles beständiges Geld schaffen, die Goldmark. Dann

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230903/1
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Der Ansturm der Steuerfcheuen

Herr Stresemann hat kürzlich gewichtigen Besuch gehabt. Wel ihm erschienen nämlich Vertreter des Reichslandbundes und überbrachten ihm vom Pommerischen Landbund — unterzeichnet von den Junkern v. Dewitz und v. Niemöling — einen Brief, in dem einfach „festgestellt“ wird, daß die Landwirtschaft zur Aufbringung der jetzt geforderten Steuern nicht in der Lage sei. Der Landbund droht mit Betriebsbeschränkungen, falls die Steuer wirklich eingetrieben werde, und mit Gefahren, die daraus für die Volksernährung entstünden. Dann fährt der Brief fort:

Die Landwirtschaft wenigstens hat nicht die Absicht und ist auch nicht in der Lage, dauernd von sich Opfer fordern zu lassen — auch solche freiwilliger Art — und im übrigen als Versuchsfeld für sozialistische Experimente zu dienen. Vielmehr erachtet sie weitere Experimente in dieser Richtung als schwere Schädigung des Gesamtvolkes und nicht zuletzt der angeblich von der Sozialdemokratie vertretenen Arbeiterschaft.

Der Landbund ist nicht blöde in seinen Behauptungen, Drohungen und Forderungen. Um dem Reichskanzler die ganze Größe der ihm von den Landbündlern drohenden Gefahr vor Augen zu führen, berweist der Brief auf das „Gewalttätiger Probing in mehr als einer Hinsicht!“ Wobei sich jeder denken kann, was er will. Dieser oder jener wird dabei bleichlich sich erinnern, daß auf pommerischen wie auf mecklenburgischen Gütern die Roggen-Graben Flurschulden und Landarbeiter spielen dürfen. Sollte das etwa auch ins „Gewicht der Probing“ fallen?

Es ist selbstverständlich, daß die pommerischen Frowdeure Zugang erhalten. Die bayerischen Bauern unter Führung des Dr. Heim blasen ins gleiche Horn, und jetzt hat auch der Vorstand der Landwirtschaftslammer Hannover an den Reichsfinanzminister das folgende Telegramm geschickt:

Verkehrssteuer für Landwirtschaft nicht tragbar, vermehrte Erzeugung führt zur Ersterkosterung der Landwirtschaft. Zunächst Ausschuss bis nach Ernte unbedingt nötig.

Ausflug bis nach der Ernte? Waren es nicht gerade die Deutschnationalen, die auf sofortige Verabschiedung der Steuern drängten? Genosse Wilhelm Reil, der bei den Verhandlungen des Steueranlasses für die Sozialdemokratie hervorragend beteiligt war, erinnerte in einer Auseinandersetzung mit württembergischen Deutschnationalen an die Vorgeschichte dieser Steuern:

Die deutschnationale Fraktion wird in Steuerfragen geführt vom Abg. Dr. Deffertich. Er war der Vertreter seiner Parteigenossen bei einer vom Minister Dr. Hertel vor Beginn der Steuerberatungen veranstalteten private Besprechung. Hier stellte sich Dr. Deffertich an demselben Tage vor dem Reichstag und den Standpunkt der vorliegenden Gesetzentwürfe, stimmte dem Minister darin zu, daß die Verwirklichung der Steuererhebung viel weiter gehen müsse als in dem durch den rufenden Ministerium schon erteilten Regierungsvorschlag und verdrängte auch die vom Minister angeführte Verkehrssteuer gegen gewisse von anderer Seite erhobene Bedenken. Er erbat den Parlamentarier ins Gewissen mit den Worten: „Es geht jetzt um Kopf und Kragen, da muß man fünfzig gerade sein lassen“.

Bei den Ausschüßberatungen wurde unter Entscheidung der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, am 15. August das vierhundertfache an Vorauszahlung auf die Einkommensteuer zu fordern und die Klein- und Mißbräuge bementprechend zu bemessen. Die hatten in Hebrereinstimmung mit dem Minister das fünf-hundertfache beantragt. Die Höhe der landwirtschaftlichen Betriebssteuer war Gegenstand langwieriger Verhandlungen. Man einigte sich schließlich auf den Satz von 9 Gulden für je 2000 M. Weizenanbauveranlagung auf 6 Monate, nachdem den Deutschnationalen zu einer langen Fraktionsführung Gelegenheit gegeben war. Sie stimmten zu unter der Bedingung der einstimmigen Annahme sämtlicher Steuererlasse durch alle Parteien ohne die Kommunisten.

Am Morgen nach der Abstimmung im Plenum gab es im Ausfluß noch einen interessanten Zwischenfall. Dr. Deffertich besagte sich sehr lebhaft darüber, daß der Vorwärts in seiner letzten erschienenen Nummer die neuen Steuern als einen Erfolg des Steueranlasses der Sozialdemokratie feierte. Das wollte Deffertich nicht gelten lassen. Er nahm für seine Partei das Verdienst in Anspruch, die Wertbeständigkeit der Steuern, die am vollstänndigen ihren Ausdruck in der landwirtschaftlichen Goldmarktarbeit findet, zuerst angetragt zu haben.

Damals wollten die Deutschnationalen die Hüter der Reichsinteressen spielen, nachdem unter entscheidender Einflusnahme Deffertichs die Regierung Cuno die Finanzwirtschaft des Reiches aus Rücksicht auf die Steuerfcheuen der besitzenden Kreise immer weiter hatte verkommen lassen. Heute erklären sie dagegen diese Steuern für ein sozialistisches

Experiment und berufen sich auf die republikanische Verfassung, die den „Best“ sichern soll!

Mit Recht weist die Nationalliberale Korrespondenz darauf hin, daß die Deutschnationalen, die nach einer „Diktatur“ rufen, sich in Wirklichkeit schon der Diktatur von Graefes unterworfen haben. Nach ihm bedeuten die neuen Steuern einen Triumph „Alljudas“, das sich, mit gütiger Unterstützung der Deutschnationalen, auf die Betriebs- und Bodenwerte von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft stützt, um sie zu mobilisieren und der Börsenwelt preiszugeben. Er verlangt unerbittlich genug Steuererhöhungen, Reichstagsauflösung und gewaltige Protestaktionen gegen die ganze parlamentarische Richtung. Die Deutschnationalen mit ihren Landbündlern folgen im Trotz den Völkischen, die nach Vereinigung mit der radikalen R. P. D. streben, um die demokratische Republik zu verschmettern.

Landesverratsstakt in Bayern

München, 1. September. (Sig. Draht.) Die Front der Steuerrebellien erweitert sich von Tag zu Tag. Nachdem nämlich ander die Spitzenorganisationen von Industrie, Handel und Landwirtschaft gegen die neuen Steuern protestiert und teilweise ihre Betätigung rundweg abgelehnt haben, kündigt auch der bayerische Gewerbebund in allen Kreisen öffentliche Kundgebungen gegen die Steuererhöhung an. Damit sind die besitzenden Klassen und die Unternehmertreife in eine

Einheitsfront gegen das Reich eingeschwenkt. Am aufregendsten gab die Bauernvereinsung ihren Protest kund. Abgesehen davon, daß sie bei Nichterreichung ihrer Forderung mit Ernterückenschwierigkeiten droht, hält sie mit voller Macht ihre Ablehnung in ein durchaus politisches Spiel, indem sie die neue Steuerpolitik eine schlecht vorbereitete „Enteignung und Sozialisierung“ nennt, durch die die bayerische Landwirtschaft sein parteipolitisches Dogma und Experimenten geopfert werde. Gegen diese „marxistische Verdrängungspolitik“ mühten sich die bayerischen Bauern auf das Entschiedenste vorzubereiten.

Diese ganze Sabotage wird getrieben zum Zweck des Sturzes der Regierung, worauf die „Ausrückung eines Arbeiterregiment“ den Vorwand zur Loslösung Bayerns vom Reich liefern soll!

Die Teuerung im Großhandel

Unter dem Einfluß der Kohlenpreiserhöhung hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Zeit vom 21. bis 23. August um 8,6 Prozent auf das 1895/96er Niveau des Friedensstandes gehoben. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs in Berlin von 5,5 Millionen Mark auf 6,4 Millionen Mark oder um 16,4 Prozent, so daß das Goldniveau der Großhandelspreissteigerung eine weitere Aufwertung von 6,6 Prozent Gold auf 11,1 Prozent Gold erfuhr. Wir fassen also im Großhandel Preise, die — in Goldmark gerechnet — den Friedensstand überschreiten! Von den Hauptgruppen stiegen:

- Lebensmittel von dem 818 826fachen auf das 806 826fache oder um 2,18 Prozent;
- Industrieerzeugnisse von dem 2046 345fachen auf das 2002 406fache oder um 4,67 Prozent; ferner die Einfuhrwaren von dem 575 288fachen auf das 1840 433fache oder um 18,8 Prozent und die Inlandwaren von dem 1180 857fachen auf das 1066 046fache oder um 4,1 Prozent.

Übermalige Kohlenpreiserhöhung

Obwohl der Reichswirtschaftsminister Einspruch gegen eine neue Kohlenpreiserhöhung erhoben hat, wenn damit wieder die Weltmarktpreise überschritten werden sollten, haben die Organe der Kohlenwirtschaft eine neue Preiserhöhung um 22 bis 35 Prozent beschlossen. Amlich wird dazu mitgeteilt: Die infolge der mit Wirkung ab 27. August festgesetzten Kohnerhöhungen zugelassenen Preiserhöhungen betragen mit Wirkung ab 8. September 1923 für Oberdeutschland 28,4 Prozent, Niederdeutschland 22,2, Sachsen 22,2, Niederdeutschland 21,6, Süddeutschland 20,2, Mitteldeutsche Braunkohle 20,2, Bayerische Braunkohle 20,2, Bayerische Braunkohle 20,2, Ruhr 20,1, Rheinische Braunkohle 21,1, Aachen 24,9 Prozent. In diesen Preisen ist eine Erhöhung der Beihilfenbeiträge von 830 000 auf 400 000 M. enthalten. Demnach stellen sich beispielsweise oberdeutsche Stückkohle einschließlich Steuern und Abgaben auf 64 872 000 M., mitteldeutsche Braunkohlenbeihilfe 47 185 000 M., Ruhr-Beihilfebeiträge 91 918 000 M. je Tonne. Die Einführung geeigneter Goldnoten wird erfolgen, sobald hierfür die notwendigen banktechnischen Voraussetzungen geschaffen sind. Mit diesem Zeitpunkt wird der Rest des noch im Kohlenpreise enthaltenen Entwertungsanschlages endgültig in Wegfall kommen.

Konzert

Ausstellungskonzert und „Wiharmomische“ Kritik. Das Dresdener Wiharmomische Orchester, welches, wenn nicht ein Kriegergeschick, nach dem augenblicklichen Stand der Dinge heute in vier Wochen völlig aufgelöst ist, wurde im letzten Sommerkonzert unterstützt durch die Mitwirkung des Elbgaujüngersbundes (Dresden). Bundeskonzerte sind mir insofern lieber, wie die Darbietungen einzelner Meister Göse, als in der großen Stimmengabe viele anspruchsvolle Musikanten der Männerchöre von allein ausgeprochen werden. Unter der betriebswirtschaftlichen Direktion des Pinnar Kantors Büttner sang die Dresdener Gruppe ihre vorgesehenen volkstümlichen Stücke — darunter das neue „Wiharmomische“ von Ronger-Döring — besonders in dynamischer Hinsicht recht gut. Leider konnten diese künstlerische Leistungen nicht erzielt werden, weil das Konzert im großen Saale stattfinden mußte, der zu Modpoffesten und Volkstänzen besser geeignet ist, als zu akustisch einwandfreien Konzerten. — Ich möchte hier schon an den unerreichlichen Verlust gemahnen, der für das Dresdener Orchester entstehen würde, wenn das Wiharmomische Orchester einginge. Von den ungefähr sechzig Sinfoniekonzerten, die in Dresden im Winter stattfinden, haben die Wiharmomiker zwei Drittel gespielt, und davon wieder den größten Teil als „Wiharmomikonzerte“. Also haben sie eine wahre Kulturmission erfüllt, deren großer Wert gerade in unserm Gegenwartsleben erst nach ihrem Verluste in vollem Umfange empfunden werden wird. Die Stadt Dresden hat bisher immer nur insofern dem Orchester geholfen, als sie einen Betriebsvoranschlag genehmigte, den sie dann in Form der Wiharmomiker doppelt und dreifach wieder herbeibrachte. Diese Einnahme wird die Stadt in Zukunft einbüßen. Die Stadt sollte sich aber jetzt einmal entschließen, d. h. unter Opfern, für die Erhaltung der Wiharmomiker zu interessieren, die mit ihrer Tätigkeit in einer Zeit moralischen Niederganges so viele able, erzieherische Arbeit leisten, also für die Erziehung der zur Ausführung höchster Kunstwerke befähigten Orchestermitglieder, wie sie auch nach dem Vorbilde anderer deutscher Städte für den hungernden Beherrschenden der Musikwelt hätten sorgen müßte. Da jetzt bereits alle ersten Plätze des Wiharmom-

nicht es sein Recht mehr, Devisenbesitz zu haben. Die Devisen gehören dem Reich, das der Wirtschaft das Notwendige zur Verfügung stellt. Wir stehen vor einer großen Arbeitslosigkeit. Er darf meiner Ansicht nach nur eine produktive Erwerbslosenlösung geben. Ich habe die Empfehlung, daß manche Gewerkschaften des Südens und eine Art des Lebens, wie wir es im heutigen Deutschland finden, nicht an dem Grunde der Zeit paßt. Ich bitte Sie, schenken Sie unser Volk vor den Parasiten, die jetzt alles ausrauben, was dem einzelnen noch geblieben ist. Schaffen Sie doch kommunale Goldankaufsstellen, in denen der einzelne das erhält, was er wirklich zu beanspruchen hat. Es gilt, daß das Volk zum Kampfe gegen den Parasitismus aller derjenigen schreitet, die da sagen: Es gelangt ja doch nicht mehr, wir werden sterben. Wenn wir werden den Mut haben, vom Volke eigene Opfer zu fordern, und wenn das Volk das Bewußtsein hat, daß dem Staate zu geben ist, was er braucht, werden wir wieder langsame Genesen. Deutschland, Deutschland über alles, und im Anglick man erst recht!

Im Hinblick auf die Beschaffung von Hausbrand für den kommenden Winter regie der Kanton an, eine Ueberkunde im Bergbau zu leisten, und gleichzeitig, das Erdgas daraus als Kohlen für den Winter den Bedürftigen zu geben, damit etwmal das Volk dem Volke etwas gibt.

Sollmann gegen die Rechtshege

Berlin, 2. September. (Sig. Bericht.) Einem Vertreter der Sozialdemokratischen Parlamentarier gegenüber machte Genosse Sollmann unter anderem folgende Äußerungen:

Die Deutschnationale Volkspartei verbündigt rechtschleichen Kampf gegen die republikanische Regierung. Von einer Partei, die die monarchische Umwälzung herbeiführen will, ist dies an sich nicht verwunderlich. Bezeichnend ist der Augenblick, den sich die Deutschnationalen zu verschiedenem Kampf wählen. Wieder einmal geht es, daß die nationale Bestimmung dieser Erben der alten preussischen Konservativen sofort zerbricht, wenn Opfer für die Nation gebracht werden sollen. Die Furcht vor der antinationalen Steuerfcheuen in Stadt und Land hat den Umschwung der Deutschnationalen herbeigeführt. Die von deutschnationalen Zeitungen in einem Geiste mit den Deutschnationalen eingeleitete Hege bemittelt die völlige Gleichgültigkeit dieser Parteigehebe gegenüber dem Schicksal unserer besetzten und bedrängten deutschen Lande an Rhein. Sie fordern, wie der tabulale Volkswelt, den Zusammenstoß aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialistischen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Folgen. Den Klassenkampf, den wir Sozialdemokraten für eine naturnotwendige Folge der Klassengegensätze halten, bezuegne auch ich nicht. Die Formen, in denen er geführt wird, wechseln. Jeder deutsche Politiker, der auch noch einen Funken nationaler Verantwortung in sich trägt, wird jetzt die Frontstellung: die bürgerliche Partei, die Sozialdemokraten zu vorzuziehen suchen, solange es eben geht. Die Deutschnationalen wissen genau, daß ihre Lösung im besetzten Gebiet den sofortigen Zusammenbruch der Demokratie bedeuten muß. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes wird nicht zulassen, daß die besetzten Gebiete von den deutschnationalen Defektoren der deutschen Steuerfront an Frankreich verraten werden. Es sind große Unwahrscheinlichkeiten, wenn die Deutschnationalen die Dinge so darstellen, als begäme die Reichsregierung, die „Gangge“, gegen den Willen unserer Volksgenossen an Rhein und Ruhr den Abzug des passiven Widerstandes. Die Formen des passiven Widerstandes sind nicht fest, sondern beweglich. Die Entscheidung liegt bei den Trägern des passiven Widerstandes allein, bei der rheinisch-westfälischen Bevölkerung.

Wenn das Wort „deutschnational“ für diese Partei mehr wäre als ein schön lackiertes Hüfenschild, müßte sie in klammernden Worten zur Durchführung der von ihr mitgeschlossenen Steuern und zu neuen großen Opfern auffordern. Sie müßte der gesamten Landwirtschaft darstellen, wie notwendig es ist, mit größter Beschleunigung die neue Ernte auf den Markt zu bringen, damit wir nicht Gold für Einfuhr der notwendigen Lebensmittel ins Ausland zu werfen brauchen.“ Sie müßte gegen alle Steuerfcheuen und Devisenbesitzer und unterstehen. Sie müßte mit uns durch gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik dafür sorgen, daß soziale und politische Unruhen vermieden werden. Sie tut aber auf allen Gebieten das genaue Gegenteil. Die Deutschnationalen wollen den Kampf, sie sollen ihn haben. Nicht wir andere Sozialisten glauben wir mit der Bezeichnung „international“ beschimpfen und verdächtigen zu können. Genow, ich fühle mich nicht nur mit den sozialistischen Arbeitern des Auslandes, sondern auch mit allen anderen Menschen in der Welt verbunden, die aus christlicher Liebe oder aus politischer Begeisterung oder aus beiden Erwägungen dem Hass und Morden, der Bestialität und der Barbarei zwischen den Menschen ein Ende machen wollen. Dieser Internationalismus ist aber nicht antinational, sondern kann und muß nach meiner Meinung und meinen Ergebnissen die tiefste Liebe zu dem eigenen Land und Volk in sich schließen; Millionen Sozialdemokraten beweisen sie, nicht durch hochtönende leeres Worte, wie sie aus den deutschnationalen Kuffchen und Reden flingen, sondern durch schlichte Tat.

Leben • Wissen • Kunst

Von unsern Störchen

Eigentlich kann man von unsern Störchen nicht mehr groß reden. In ganz Deutschland hat die Zahl der Störche außerordentlich abgenommen. In Westfalen z. B. ist sie in den letzten 15 Jahren um 66 Prozent gesunken, so daß dort nur noch ein Drittel der Storchzahl früherer Zeit vorhanden ist. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse auch in andern Gebieten. In Ost-Sachsen erfuhr ich z. B. neulich aus ganz zuverlässiger Munde, daß auf den weit ausgedehnten und ziemlich tief gelegenen Wiesenflächen, nördlich von Durl bei Döhlen nach Niedergurig zu, noch vor 30 bis 35 Jahren ganze Schwärme von Störchen — bis zu 20 Stück — beobachtet worden sind, die so wenig scheu waren, daß sie bis auf einige Meter an die Mäherden oder sonstige in den Wiesen beschäftigte Personen herankamen. Und jetzt? — Keine Spur mehr davon!

Als Grund des so überaus heftigen Rückgangs der Störche werden verschiedene Ursachen ins Feld geführt, so z. B. die starke Abnahme der Storchhöfen in den Dörfern, die Anlage von Elektrizität und Hochspannungsleitungen sowie von Heberkanälen mit Transformatorhäusern in der Nachbarschaft von Wiesen. Viele Störche gehen ferner in den Winterquartieren in Südrussland infolge Gewisses von Deutscheren zugrunde, die durch Infektionspräparate getötet worden sind. Auch durch Menschen dürfen viele Störche während der letzten Winterreise verschwinden. Hiernach hat schon 1921 festgestellt, daß ihm aus Deutschland 66 und aus dem Ausland 67 geringe Störche zurückgeliefert oder zurückgemeldet worden sind. Die betrübliche Schlussfolgerung hieraus besondert daraus, daß Rückmeldungen aus dem vielfach ganz unvollständigen Ausland mit großen Schwierigkeiten verbunden sind und deshalb oft unterbleiben bzw. unterbleiben sind, so daß wir die Zahl der unsernwegs umgekommenen oder getöteten Störche wesentlich höher ansetzen müssen. Dazu kommt schließlich noch die neueste Angewohnheit mancher Störche, statt der Früchte und anderer niedriger Nahrung, auch Jungvögel, z. B. Finken, zu verzehren. Infolgedessen sind die Jungstörche, oft recht ungeschickten Jäger sehr stark auf den Abbruch der Störche bedacht. Ein klein-gründlicher Roggenausfänger hat sich sogar damit gebrüht, in

einem Jahre 25 Störche erlegt zu haben! Natürlich ist dann die ganze Gegend an Störchen verdrödet. Und dabei sind die Menschen doch selbst schuld daran, daß die Störche hier und da von ihrer altgewohnten Nahrung abkommen, machen die Menschen doch alle Moore, Sümpfe und Moräste urbar, um sie in eigentümlicher Weise zu bewirtschaften. Infolgedessen nimmt die Zahl der Früchte naturlich sehr stark ab. In Gegenden, in denen sie früher zu Tausenden vorkamen, findet man jetzt nur ganz wenige Störche. Es erscheint hiernach geradezu selbstverständlich, daß die Störche andere Nahrung, die sie am Boden, im Grotte oder im Felde auffinden, zur Erhaltung ihres eigenen und ihrer Jungen Leben aufnehmen müssen. Man sollte deshalb im Bewußtsein eigener Schuld an den Aussterbungen der Störche diesen die wenigen Opfer gönnen. Freilich, ist auf Erfüllung dieses Wunsches in einer Zeit, in der der Eigennutz die ippigsten, oft recht übertriebenen Willen treibt, kaum zu rechnen. Um so mehr aber wollen wir uns freuen, wenn wir hier und da den dauernden Bestand einer Storchensiedlung feststellen können. Ein schönes Beispiel fand ich in Niedergurig (1/4 Stunde von Döhlen). Hier steht auf einer mit Fingeln gedekten Scheune, hinter frengels Grotte, ein Storchennest, das auf einer von Menschenhänden angebrachten Balkenunterlage ruht. Voriges Jahr war leider nur ein Storch anwesend, so daß ich fürchte, das Nest würde nun leer bleiben. Aber dieses Jahr ist glücklich wieder ein Storchpaar eingezogen, und als ich am 2. August dort war, erblickte ich im Nest auch zwei schon recht hübsch herausgewachsene Junge. Sie trugen bereits das Hauptgefieder; nur Hals und Kopf waren noch vollständig mit Flaum bedeckt. Der Schnabel zeigte nicht von der späteren roten Färbung, sondern war noch ganz grauschwarz. Von Zeit zu Zeit suchten die Jungen sich auf ihre langen Ständer zu erheben und mit den Flügeln ungeschickt zu schlagen; doch setzten sie sich sehr bald wieder nieder, aber nur halb, indem zwar die langen Beine sich quer auf den Boden des Nestes legten, wogegen die beiden Schenkel mehr oder weniger aufrecht gestreckt blieben. Während der eine Altstorch Nahrung aus dem Reichgelände herbeiholte, stand der andere neben dem Nest auf dem Ausflusse und hielt Wacht. Koch keiner staltlichen Wache reichlich er nicht bis an den oberen Rand des hochgelärmten Nestes, sondern blieb noch 15 bis 20 Zentimeter unter ihm.

Hoffentlich laßt die ganze Storchenfamilie trotz allen Gefahren des so weiten Winterzuges, die sie vielleicht 9000 bis 10000

Kilometer weit, bis hinab ins Kapland führt, im nächsten Frühjahr glücklich wieder zurück! Des Schutzes in der Heimat ist sie sicher! Vogelfreund.

Beamtenfrage und Politik

Von Albert Falkenberg

Wie bereits gemeldet, besteht die Absicht die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamteneinkünfte abzuschaffen. In einem Aufsatz im Vorwärts weist Albert Falkenberg auf den Zusammenhang dieser Einzelfrage mit der ganzen Beamtenpolitik hin. Wir entnehmen dem Aufsatz Falkenbergs folgendes:

Ebenso wenig wie gelugnet werden kann, daß um nur diese Frage herauszugreifen, die Vierteljahrszahlung der Beamteneinkünfte in dieser Zeit finanzpolitischen Chaos nicht nur für die Geldwirtschaft des Staates eine schwere Belastung darstellt, ebenso wenig darf verkannt werden, daß jeder — unter Umgehung der Beamten für eine gesicherte Vaseinführung verfassungsmäßig und gesetzlich zugestandenen Garantien — von Seiten des Parlamentarismus in dieser Frage erzwungene Sieg eine schwere Erschütterung des Vertrauens der Beamten in das berufsmäßig von ihnen zu vertretende Regierungssystem bedeuten würde, deren Auswirkungen sich unter Umständen in einer Steigerung negativer Gefühlsmomente gegenüber der republikanischen Staatsform bemerkbar machen könnten.

Wenn schon der Kampf um die Vierteljahrszahlung der Beamteneinkünfte zur Herbeiführung der Gesundung der deutschen Wirtschaft geführt werden muß, dann sollte von den Männern der neuen Regierung aber auch erkannt werden, daß zur Lösung der ihnen vom deutschen Volke gestellten Hauptaufgabe die Gesundung des Beamtentums im Sinne der demokratisch-republikanischen Staatsauffassung gehört, und daß mit dieser „Gesundung“ nur durch beschleunigte Verabschiedung des Entwurfs eines Beamtenrätengesetzes begonnen werden kann. Wer Menschen für die Republik gewinnen will, kann dies nur von innen her erreichen. Durch Zusage von wertbeständigen Gehältern allein läßt sich kein Beamter republikanisch stimmen. Er fordert der Zeitentwicklung angepaßte Garantien für die Möglichkeit der Mitbestimmung über sein Dienstverhältnis durch ein Beamtenrätengesetz mit Mitbestimmungsrecht und Schlichtungsausschüssen.

Was aber ist bisher geschehen, um die eigentlich selbstverständliche Erfüllung dieser Staatsnotwendigkeit im Volkssinn zu erreichen? Alle, die darum wissen, was nicht geschehen ist, werden auf diese Frage mit einem tiefen verständnisvollen Schweigen antworten. Die Hoffenden aber stellen an die neue Regierung die dringliche Frage: Was nun? Die Beratungen des Rätegesetzentwurfs können mit Schluß der zweiten Lesung im 23. Ausschuss des Reichstags als „abgefallen“ abgetan werden. Die Zusammenfassung des Reichstags hat sich auch mit der Neubildung der Regierung nicht geändert. Es stünde also zu erwarten, daß nach Wiederaufnahme der Beratungen an irgendeiner Wendung des Beratungsverlaufes ein abermaliger Leerlauf festgesetzt werden müßte, der leicht zu einer Zurückziehung des Entwurfs seitens der Reichsregierung führen könnte. Dahin darf es nicht kommen. Es muß ein Ausweg von innen her, vom Dreißigjährigen-Ausschuss selber gefunden werden. Er sollte antragsgemäß die nochmalige Ueberprüfung des Inhalts des vorliegenden Gesetzesentwurfs durch vielleicht je einen Vertreter der sieben Reichstagsfraktionen fordern. Wenn auch einige unvoreingenommen an die Materie herantretende Mitglieder des Reichsrats in eine Nachprüfung seiner in bezug auf das Beamtenrätengesetz gefassten Entschlüsse und beide Gremien die Angleichung der ihrerseits erzielten Ergebnisse erreichen würden, dann ließe sich auf neue die Herstellung einer Grundlage erhoffen, auf der sich die Verabschiedung des Entwurfs im Plenum des Reichstags voraussichtlich ohne besondere Schwierigkeiten bewerkstelligen ließe.

Die Beamten erwarten schließlich die Einlösung der ihnen in der Verfassung bezüglich Schaffung einer gesetzlichen Beamtenervertretung gegebenen Zusätze, die Reichsregierung aber würde durch die Förderung positiver Handlung in der Frage des Beamtenervertretungsgesetzes nicht nur einer berufspolitischen Forderung der Beamten zur Erfüllung verhelfen, sondern mit ihrer Verwirklichung endlich die Möglichkeit des Beginns einer großartigen und systematisch durchzuführenden Demokratisierung der Verwaltung schaffen. In einer vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats am 22. August 1923 unter einmütiger Zustimmung der Vertreter aller angeschlossenen Verbände angenommenen und in Nr. 301 des Vorwärts vom 23. August bereits veröffentlichten Entschließung wird „ein wesentliches Hindernis für die Durchführung“ der vom A. D. B. geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen „auch in dem bisherigen Verhalten der Ver-

waltungsbureaucratie“ erblickt und deshalb „die endliche Verwirklichung der Demokratisierung der Verwaltung im Sinne der Verfassung“ gefordert, „damit die Kräfte der auf dem Boden der Republik stehenden Beamten zu verantwortlicher Mitarbeit frei werden“. In dem Augenblick, in dem diese Forderung verwirklicht wird, ist zwar noch nicht die Republik gerettet, wohl aber eine Garantie mehr dafür gegeben, daß mit der geistigen Umstellung weiterer Teile der Verwaltungsbureaucratie die republikanische Praxis an Boden gewinnt.

Schon diese kurzen Ausführungen zeigen, in welcher starkem Maße die Lösung der Beamtenfrage von der augenblicklichen politischen Lage beeinflusst wird, und daß letztere mit der ersteren durch innere Zusammenhänge verbunden ist. Darum ist zweierlei nötig. Einmal müssen die maßgeblichen Stellen in der Regierung und in den Parlamenten erkennen, daß die bisherigen beamtenpolitischen Methoden der Vergangenheit angehören sollten, und daß die grundlegende Lösung der Beamtenfrage nicht durch gelegentliche Konzessionen an die Beamten erreicht werden kann, sondern allein durch Verwirklichung der aus der Neubewertung der Stellung des Beamtentums im Volksstaat zu ziehenden Konsequenzen. Zum andern — und diese Seite des Problems ist die leicht die bedeutungsvollere — muß von den Beamten als Grundlage ihrer beamtenpolitischen Praxis die Erkenntnis gefordert werden, daß es zur Erreichung ihrer berufspolitischen Ziele viel wichtiger auf die beamtenpolitische als auf die beamtenpolitische Vertretung ihrer Forderungen ankommt.

Allerdings noch mehr als auf Programme kommt es auf gleichmäßiges Handeln an. Man kann nicht, wie es am 26. Mai 1923 in einer Beratung der Frage des Dienstverhältnisses der Angestellten bei den Versicherungsträgern im Reichsarbeitsministerium von dem Vertreter einer Beamtenschaftsorganisation geäußert ist, einmal seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit „an dem erforderlichen Abbau des Beamtentums“ erklären und hinterher in einem Aufsetz zur Existenzhaltung der eigenen Organisation den Mitgliedern graulich zu machen mit dem „Pläne der Regierung“, nach dem nicht weniger als 400 000 Beamte abgebaut werden sollen. Wer mit solchen Methoden arbeitet, kann nicht erwarten, politisch ernst genommen zu werden. Der Beamtentum kommt, darüber ist allmählich auch der Beamte in der fernsten Provinzstadt unterrichtet worden. Wer in der Beamtenschaft den Glauben weckt, der Abbau sei grundsätzlich zu hindern, bemegt sich entweder selbst in falschen Vorstellungen oder predigt diesen Glauben wider besseres Wissen, um agitatorisch damit zu wirken. Wer die politische Lage sieht, wie sie ist, muß den Mut aufbringen, sich auch in der Öffentlichkeit zu seiner Meinung zu bekennen. Was die Beamten in dieser Frage verlangen müssen, ist die Mitbestimmung der Art des Abbaus und nicht zuletzt überhaupt erst einmal die Zugehörigkeit zu den Verhandlungen. Wir haben den dringenden Wunsch, die neue Regierung davon zu überzeugen, daß nur durch rechtzeitige Beteiligung der Beamtenervertretung es gelingen kann, die Frage des Beamtentums in einer alle Seiten befriedigenden Weise zu lösen. Würde das nicht geschehen, dann dürfte eine besonders günstige Gelegenheit zur Weiterführung der grundsätzlichen Lösung der Beamtenfrage verpaßt werden.

Die Uebereinkunft zum Lohnproblem

Die Vorstände der Spitzenorganisationen der Unternehmer und der Arbeiter haben jetzt die seit einigen Wochen geführten Verhandlungen über die Lohnfrage abgeschlossen und den Entwurf der Richtlinien zum Lohnproblem nunmehr in folgender einseitiger Fassung genehmigt:

1. Um sich ein einwandfreies Urteil über die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes und über die richtige Lohnhöhe zu fällen, ist es nötig, die jeweiligen Lohnsätze in Grundlohn und Multiplikator zu zerlegen. Der jeweilige Tariflohn ist also gleich Grundlohn mal Multiplikator und ist bei Arbeitern wöchentlich, bei Angestellten wöchentlich oder halbjährlich zu berechnen.

2. Für einen Zeitraum von 4 bis 8 Wochen legen die Tarifvertragsparteien den mit dem Multiplikator zu erhöhenden Grundlohn unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten beider Seiten fest. Dieser Grundlohn bleibt somit für die betreffende Tarifperiode konstant. In ihm drückt sich die jeweilige Wirtschaftslage und Konjunktur der betreffenden Wirtschaftskategorie aus.

3. Als Multiplikator soll eine aus der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten (Lebenshaltungskosten) abgeleitete Maßzahl verwendet werden, da lediglich die im Kleinhandel zu findenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bestimmen für den Zahlungsmittelbedarf des Arbeitnehmers sind. Der Dollarkurs oder die Großhandelsmaßzahlen sind hierfür ungeeignet. Die Wahl der Maßzahl ist den Tarifvertragsparteien überlassen. Bei Reichstaxiverträgen oder bei Tarifverträgen für größere Betriebe wird man die Reichsindexzahl des Statistischen Reichsamtes oder ihre Steigerung zweckmäßigerweise verwenden, wobei die Berücksichtigung der örtlichen oder betrieblichen Verhältnisse (Ortsklassen) bei der Bemessung des Grundlohnes erfolgen kann. Bei örtlichen oder betrieblichen Tarifverträgen empfiehlt sich die Anwendung entweder der vom Statistischen Reichsamte errechneten Indexzahl für den Ort bzw. den Bezirk oder einer nach ähnlichen Grundsätzen wie denen des Statistischen Reichsamtes abgeleiteten Maßzahl der Tarifvertragsparteien oder anderer Stellen von beiderseitiger anerkannter Autorität. Es ist dabei von Bedeutung, daß für die verschiedenen Berufsgruppen eines einheitlichen Wirtschaftskategoriegebietes möglichst eine einheitliche Maßzahl Anwendung findet.

4. Bei der Festsetzung der jeweiligen Lohn- oder Gehaltshöhe hat man zu unterscheiden:

- a) die Lohnwoche, d. h. die Woche, für die der Lohn verdient wird;
- b) den Festsetzungstag der Maßzahl und den Festsetzungstag des Lohnes. Letzterer wird zweckmäßigerweise möglichst mit dem ersten zusammengelegt;
- c) der Bezugslohnstag;
- d) die Verbrauchswoche.

5. Grundrichtsmaß muß für die Bemessung der Lohnhöhe der Geldwert der Verbrauchswoche maßgebend sein; man wird jedoch in Zeiten nur geringer Schwankungen des Geldwertes, ohne allzu große Fehler zu begehen, den Feststellungstag der Maßzahl für die Lohnhöhe maßgebend sein lassen können. In Zeiten starker Geldwertveränderung muß jedoch dieser Fehler ein nicht erträgliches Abweichen des Reallohnes zur Folge haben, so daß man gezwungen ist, bei der Lohnfestsetzung außer der Maßzahl des Feststellungstages auch noch die zu erwartenden Steigerungen der Maßzahl der Verbrauchswoche vorauszuschätzen. Einen gewissen Anhalt für diese Vorausschätzung kann die Bewegung des Dollarkurses und der Großhandelspreise geben.

6. Ob diese Schätzung richtig gewesen ist, wird man erst beurteilen können, wenn die Maßzahl für die Verbrauchswoche vorliegt. Ergibt sich alsdann, daß ein Zuwenig oder ein Zuviel an Lohn oder Gehalt bezahlt worden ist, so hat eine Korrektur in der Weise stattzufinden, daß dieser Differenzbetrag bei der nächsten wöchentlichen oder in Delaten erfolgenden Lohn- oder Gehaltsberechnung hinzugefügt bzw. abgezogen wird. Zur Berechnung der Lohn- und Gehaltsrechnungen wird dieser Differenzbetrag mit der neu ermittelten bzw. abgeschätzten Lohn- und Gehaltssumme zu einem einzigen Betrage vereinigt.

Um nicht durch übermäßige Belastung der Lohnbureaus neue unproduktive Arbeit zu veranlassen, ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß Wochen- oder Delatenszahlung der richtige Weg ist, und daß in Zeiten starker Geldwertveränderung durch die oben dargelegte Vorausschätzung ein Gegenmittel gegen die Geldwertveränderung gegeben ist. Deshalb sind mehrmalige Zahlungen in der Woche nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wie sie z. B. in den ersten Wochen des August 1923 eintraten, vorzunehmen.

Die vorstehenden Richtlinien sollen zunächst für die Uebereinkunft bis zur Schaffung eines auch für die Lohnzahlung in Frage kommenden verbindlichen Zahlungsmittels dienen.

Die Spitzenverbände sind sich darüber klar, daß das Lohnproblem nur in Verbindung mit der Frage des Abbaus und dem Produktionsproblem endgültig gelöst werden kann. Deshalb haben sie einen lohnpolitischen Ausschuss gebildet, der die Aufgabe hat, das Lohnproblem weiterhin zu erörtern. Der Ausschuss soll noch in der kommenden Woche zusammentreten.

Gewerkschaftsbewegung

Handels- und Industrie-Angestellte

Am 1. September fand im Rioli Versammlung der Gewerkschaften und Industrieangestellten statt. Es wurde Bericht über die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht gegeben. Scharf kritisiert wurde das unzulässige Verhalten der Arbeitgeberverbände in bezug auf das Verhalten vor dem Schiedsgericht. Nach längerer Diskussion, die nach der Berichterstattung einsetzte, wurde der Schiedspruch sowohl, als auch die inwischen eingetragene nachstehende Resolution einstimmig angenommen.

Die am 1. Sept. 1923 abends im Rioli verammelte Angestelltenchaft hat mit großer Empörung von dem unerhörten Verhalten der Arbeitgeberchaft in der Frage der Festlegung der dritten Augustdelate Kenntnis genommen. Die Angestellten betonen das Vorgehen der Unternehmer als eine Herausforderung die in ihrer Auswirkung nicht nur gegen die Angestelltenchaft, sondern gegen das gesamte werftätige Volk ein äußerst unverantwortliches Treiben darstellt. Die Angestellten erklären hiermit, daß sie nicht gewillt sind, sich eine derartige Behandlung ihrer Lebensinteressen weiterhin bieten zu lassen. Sie erklären weiter, daß sie von ihren Gewerkschaften erwarten, daß diese die Interessen der Angestellten mit größtem Nachdruck vertreten und daß sie unter allen Umständen auch bereit sind, ihre Forderungen selbst mit Demonstrationen zu unterstützen. Das geradezu unerhörte Verhalten der Arbeitgeberverbände in bezug auf die planmäßige Sabotage des Schlichtungsausschusses verurteilt die Versammlung ganz entschieden. Sie wird ihrerseits bei Wiederholung sofort entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Nachdem von sämtlichen Arbeitgeberverbänden, einschließlich des Dresdner Einzelhandels, der Schiedspruch abgelehnt worden ist, wird am Montag den 3. September sofort der Devisenkommission über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung entschieden.

Die Löhne im Kohlenbergbau

Ein vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteter Schlichtungsausschuss fällt am 30. August einen Schiedspruch, der eine Regelung der Löhne im Kohlenbergbau für die Lohnwoche vom 27. August bis 3. September vorstelt. Der Gesamtdurchschnittslohn einschließlich des Hausstands- und Kinderlohnes beträgt 1,9 für den Ruhrbergbau, 2 000 000 M., für den obersteilischen Steinkohlenbergbau 2 200 000 M., und für die Steinkohle des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues 2 540 000 M. je Schicht. Der Schlichtungsausschuss gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, diesen Schiedspruch ohne Kohlenpreiserhöhung durchzuführen.

Schneller als man dachte ist jedoch trotz der Hoffnung des Schlichtungsausschusses eine Kohlenpreiserhöhung um 22 bis 25 Prozent vom Reichsindex her beschlossen worden. Sie hat gleichfalls die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers gefunden.

Letzte Nachrichten

Der blutige „Deutsche Tag“

Neue Arbeitermarke durch Faschisten

Kürnberg, 3. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der unter dem Protektorat der vaterländischen Verbände, also der Regierung in Bayern, abgehaltene „Deutsche Tag“ in Nürnberg hat einen blutigen Abschluß gefunden. Im Laufe des Sonntags abends kam es in der Arbeiterstadt Steinbühl zu Zusammenstößen, in deren Verlauf der Studienprofessor an der Nürnberger Fortbildungsschule Braun von der Schusswaffe Gebrauch machte. Der Gewisse Würmer, ein Mann von 50 Jahren, Vater von fünf Kindern, wurde ein Opfer dieser Schießerei. Ein anderer Gewisse, namens Oberle, liegt schwer verletzt im Krankenhaus. Es verlautet, daß Braun in Schutzhaft genommen worden sei. Die auch an anderen Teilen Nürnbergs erfolgten Schießereien von Angehörigen der vaterländischen Verbände farbten keine Opfer. Die Polizei verhielt sich völlig passiv. Die Beteiligung am „Deutschen Tag“ entsprach nicht im geringsten den Erwartungen der Veranstalter. Selbst nach Schätzungen der bürgerlichen Mäuler haben sich im Höchstfalle 150 000 Teilnehmer von auswärts eingefunden. Auch diese Zahl ist viel zu hoch geschätzt. Es dürfte sich bei der Veranstaltung um 75 000 gehandelt haben.

Der Dollar 9675 750,-

Dresden, 3. September. (Amst.)

	8. 9.	8. 9.	8. 9.	8. 9.	8. 9.
	Prog.	Geld	Urie	Geld	Urie
Amsterdam	.1 Gulden	10 8790500,0	3892500,0	4040650,0	4070150,0
Buenos Aires	1 Peso	10 8112200,0	8127800,0	8321670,0	8338825,0
Genève	.1 Franc	20 1598000,0	1804000,0	1885780,0	1692220,0
Hambourg	.1 Mark	20 1795500,0	1804500,0	1915200,0	1924800,0
London	.1 Pfund	20 2393500,0	2306500,0	2738100,0	2768900,0
Paris	.1 Franc	—	269325,—	270675,—	—
Brüssel	.1 Franc	20 448875,—	451125,—	478800,—	481200,—
Madrid	.1 Ptas.	20 418250,—	421600,—	442890,—	446110,—
Bombay	.1 Rupee	10 4386000,0	4410000,0	4698200,0	47117500
Manila	.1 Peseta	10 8675750	9734250,0	10274250	10 325750
Baris	.1 Franc	10 548025,—	551375,—	692540,—	586460,—
Schweden	.1 Krona	10 1745825,0	1754375,0	1985325,0	1874675,0
Spanien	.1 Ptaseta	20 1298700,0	1308250,0	1396500,0	1408500,0
Wien (abgefl.)	100 Kr.	15 18665,—	18735,—	—	—
Berlin	.1 Mark	9 282287,—	286713,—	—	—
Budapest	.1 Krone	—	528,67	681,83	—

rs. Berlin, 3. September. (Eig. Drahtm.) Die Intervention der Reichsbank am Schluß der Woche hat freilich in den Devisenmarkt eine Beruhigung getragen. Die Tendenz ist zwar in ihrem Grundton fest, doch sind Kursschwünge wie sie nach am Donnerstag und Freitag eingetreten waren, nicht fernzuhalten. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ist im deutlichen Rückgang begriffen. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ist im deutlichen Rückgang begriffen. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ist im deutlichen Rückgang begriffen.

nischen Orchesters die Flucht ins Ausland ergriffen haben und in Deutschland auch schwer neue Kräfte zu finden sind, andererseits die dem Orchester von einer Seite angebotene Finanzierung aus gewissen Gründen unannehmbar erscheint, bleibt vielleicht noch der eine Weg zur Rettung der Volkssinfoniekonzerte, daß nämlich der jetzt noch vorhandene, gut eingestellte Stamm der Philharmoniker an die Staatskapelle angegliedert wird, für die ja nicht nur der Staat, sondern auch die Stadt Dresden bereit ist. Die „Philharmonische Gruppe“ der Staatskapelle würde dann für Sinfoniebühnen im Gewerbehaus durch die nötigen Kräfte aus der ursprünglichen Staatskapelle ergänzt. Daß nach Verschwinden des Philharmonischen Orchesters die jetzige Staatskapelle etwa die Sinfoniekonzerte im Gewerbehaus mit übernimmt, ist nicht denkbar, erstens aus dienstlichen Gründen — es käme so höchstens eine ganz kleine Anzahl von Konzerten zustande —, zweitens würde die Staatskapelle dann ja ihren eigenen Konzerten im Opernhaus die gleiche Konkurrenz machen. Öffentlich findet sich noch eine Lösung der „philharmonischen“ Krise, die nicht nur aus künstlerischen, sondern ebenso auch aus menschlichen Gründen höchst beauerlich ist.

Dresdner Kalender

Theater am 4. September. Opernhaus: Siallanische Opernreihe — Der Bajazzo (7). Volkshalle Nr. 1409 bis 1478 — Schauspielhaus: Wechsel und Händler (7 1/2). Volkshalle Nr. 8081 — 8089. — Renstädter Schauspielhaus: Wechsel. — Residenz-Theater: Der Gauleiter (7 1/2). — Central-Theater: Allabendlich Varietés-Vorstellung (7 1/2).

Ausstellung Dresden 1923. Frühliche Terrasse. Gemälde, Bildwerke, Graphik, Architektur, meist Dresdner Künstler. Geöffnet mittags von 9 bis 6 Uhr, Sonntags von 10 1/2 bis 5 Uhr. Eintritt 100 000 M.

Kleine Mitteilungen

Kugule Hovel, der berühmte Schweizer Mediziner, der sich um die Anatomie des Gehirns besondere Verdienste erworben und den Ursprung der Gedächtnis im Gehirn entdeckt hat, begibt am 1. September seinen 75. Geburtstag. Besonders bekannt geworden ist er durch seine ausgezeichneten Reden und Schriften über die sexuelle Frage.

Sozialistische Arbeiterjugend, Bezirk Ostachsen

Die Reichsbahndirektion Dresden sendet uns folgendes Schreiben zu. Wir erlauben unsre Gruppen, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen und bis auf weiteres Wanderfahrten einzustellen:

Die Schwierigkeit der Betriebslage der Reichsbahn infolge der Ruhrbesetzung und der Abschneidung südlich Frankfurt (Main) macht es notwendig, in den nächsten Monaten alle verfügbaren Kräfte - Personal wie Material - auf die Führung und Verteilung der Ernte sowie auf die Beförderung der lebenswichtigsten Güter zu vereinen. Unter diesen Umständen lassen sich weitgehende und tief einschneidende Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs leider nicht vermeiden, die bei dem Ernst der Zeit in allen Kreisen sicherlich volles Verständnis finden werden.

Wir bitten daher ergebenst, in Würdigung dieser schwerwiegenden Bewegengründe dahin zu wirken, daß innerhalb Ihrer Organisation Jugendfahrten und sonstige Massenreisen bis auf weiteres unterbleiben und daß Sonderzüge nicht beantragt werden, um die Reichsbahnbehörden nicht in die peinliche Lage zu versetzen, sie ablehnen zu müssen.

Ferner wird um schnellste Ablieferung der Verbandsbeiträge und der Quartalsberichte gebeten.

Frei Heil!

Der Jugendbezirksvorstand

F. A.: Contr. Hohnewald, Dresden, Kl. Blauenische Gasse 49, prt.

Sachsen

Abschlagszahlungen auf die Gewerbesteuer 1923

Vom Finanzministerium wird uns mitgeteilt: Das Gesamtministerium hat durch eine Rechtsverordnung vom 30. August 1923 eine Abschlagszahlung auf die Gewerbesteuer für die ersten drei Termine des Rechnungsjahres 1923 angeordnet. Die Abschlagszahlung ist innerhalb zweier Wochen nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung zu entrichten; sie beträgt das 450fache der für das Rechnungsjahr 1922 festgesetzten Gewerbesteuer, wobei die durch das Gesetz vom 24. April 1923 erfolgte Erhöhung der Steuer für das Rechnungsjahr 1922 unberücksichtigt bleibt. Besondere Steuerbefehle über den Betrag der Abschlagszahlung werden nicht erteilt, es wird lediglich durch öffentliche Bekanntmachung zur Abschlagszahlung aufgefordert werden. Wird die Abschlagszahlung nicht fristgemäß entrichtet, so ist für jeden der Fälligkeit der Abschlagszahlung folgenden angrenzenden Kalendermonat ein Zuschlag von 50 v. H. der rückständigen Abschlagszahlung zu zahlen. Für die Ausübung einer wissenschastlichen, künstlerischen, schriftstellerischen, unterrichtenden oder erziehenden selbstständigen Tätigkeit ist die Abschlagszahlung nur dann zu entrichten, wenn diese Tätigkeit nach § 4 Absatz 2 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1923 als Gewerbetätigkeit gilt. Besonderheiten gelten für die Gewerbe, deren Steuerpflicht vor dem 1. April 1923 bzw. vor dem Inkrafttreten der Rechtsverordnung weggefallen ist.

Sächsischer Berufsschullehrertag

Der 15. sächsische Berufsschullehrertag in Wien wurde am 31. August, demnächst, durch den Vorsitzenden, Oberlehrer Werner Hardt, Dresden, eröffnet mit begründeten Worten auch an die Vertreter von Behörden und außer-sächsischen Verbänden. Die Vertreterversammlung beschäftigte sich u. a. mit dem Vereinsorgan, der Prozedur der Berufsschule (Wroedel, Leipzig), nahm Stellung zu der Frage der Unterstellung unter die sächsischen Ministerien. Bekanntlich ist jetzt ein Teil der beruflich bildenden Schulen dem Kultusministerium, ein anderer Teil dem Wirtschaftsministerium unterstellt. Die Vertreterversammlung nahm einstimmig die Entschließung an:

Alle Vermählungen der Lehrerschaft an den sächsischen Berufsschulen um Verrichtung dieses Quotienten im beruflichen Schulwesen sind bisher vergeblich gewesen. Der 15. sächsische Berufsschullehrertag fordert vom Gesamtministerium und vom Landtag bringen eine sofortige Befreiende Tat, die diesen unsozialen, unwirtschaftlichen und unpolitischen Zustand beseitigt.

Schullehrer Mehnert, Wien, forderte für die Ausbildung der Berufsschullehrkräfte deren Einführung in die praktische Arbeit, den Besuch der Hochschulen und die Einführung in die Unterrichtspraxis eine Dauer von fünf Jahren. Sie ist durch eine Prüfung (allgemeine Prüfung und Fachprüfung) abzuschließen. In der Aussprache wurde lebhaft Zustimmung der Gedankte erörtert auch Arbeitern den Zugang zur Hochschule freizumachen. Ueber die Errichtung der Berufsschule innerhalb der Einheitschule berichtete Ohwald, Dresden. Zu dem Schulgang für die

2 Meine Algerienfahrt

Von Dr. Kurt Schumann

Unsre Reise dauerte genau eine Woche. Am Montag mittag waren wir von Antwerpen weggefahren, am folgenden Sonntag mittag kamen wir in Algier an. Der Anfang war denkbar günstig. Die Nacht war so schön und klar, daß wir in der Straße von Douer die Leuchttour der englischen und der französischen Küste erblickten, und als wir gegen 11 Uhr nachts der von Neuport kommenden "Gronprinzessin Cecilia" begegneten, die wie ein leuchtendes Phantom an uns vorbeizog, war es uns so wohl zumute, daß wir am liebsten die ganze Nacht auf Deck geblieben wären. Am nächsten Morgen wachte uns das Rauschen der in Southampton-Water niedergehenden Ankerketten. Da der Dampfer, der die englischen Passagiere von Southampton bringen sollte, erst gegen Mittag erwartet wurde, hatten wir genügend Muße, uns die liebliche südenländische Landschaft zu betrachten, die mit ihren Wäldern, Parks und Büschen und den vielen feierlichen Menschen ein Bild bot, das mich schon nach zwei Jahren wieder nach Südenland lockte. Als ich aber damals eben von London aufbrechen und nach der Perle der englischen Südküste, der Insel Wight, fahren wollte, kam mein Studiennachbar mit der sonst nicht erscheinenden Sonntagsnummer der Times, in der in fetten Lettern stand: Germany declares war on Russia. Damit sank dieser Traum ins Wasser, und ich dampfte in einer anderen Richtung davon, ungewissem Schicksal entgegen. Den ersten Vortrag im Geographischen Seminar der Leipziger Universität widmete ich noch einmal dieser schönen und interessanten Gegend, und nun verfolge ich schon seit Jahren mit Spannung die Pfund-Sterling-Linie in der Hoffnung, daß die Sehnsucht doch noch einmal Erfüllung findet. Warum mußte ich auch die 15 Pfund (320 Goldmark), die ich damals mit herüberbrachte, so eilig unversehrt!

In der Nähe unfres Schiffes lagen eine ganze Reihe größere Dampfer, die im Burenkrieg zu Truppentransporten gedient hatten. Was mögen die alles zwei Jahre später an Menschen und Material nach Frankreich und zurück geschafft haben? Während unfres Aufenthalts in Southampton-Water machten wir noch eine sehr wertvolle Bekanntschaft. Der Dresdner Wohlvertreter hatte mir Grüße an den Bahnmelder des Prinz Ludwig aufgetragen, die ich während unfres Wartepause an den Mann brachte. Da dieser sich als eine sehr liebenswürdige Persönlichkeit entpuppte, nutzten wir die ge-

vorwiegend praktisch gerichteten Interessen der überwiegenden Masse der Volksgenossen. Die Berufs- und Berufsschule. Die Berufs- und Berufsschule und ihre Vertreter müssen darüber nachdenken, daß die manuelle Ausbildung der geistigen gleich bewertet wird, daß die Berufsschule nur in innigem Kontakt mit dem Leben der Volksgenossen hat. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl von Oberlehrer Werner Hardt, Dresden, als ersten Vorsitzenden.

Eine wertvolle Ausstellung zeigt neben Lehr- und Lernmitteln auf dem Büchermarkt namentlich die für das obere Mittel wichtige Industrien und die wertvollen Hülsen, die sie den Berufsschulen dort leisten, und Arbeiten von Knaben- und Mädchenberufsschulen, die von tüchtigem Können zeugen.

Personalien aus der Gefängnisverwaltung

Wie wir hören, sind in der Gefängnisverwaltung in Dresden wesentliche Umstellungen im Personal erfolgt. Es sind Direktor Blumning nach Hohenfeld, Amtmann Dr. Richter als Justizamtmann an die Staatsanwaltschaft in Dresden und Direktor Schmidt als Oberamtmann an die Gefängnisverwaltung in Waldheim versetzt worden. An ihre Stelle sind getreten als Obergefängnisdirektor der bisherige Leiter der Anstalt Hohenfeld Grohmann und als Amtmann im Probendienst der erste Gefängnis-Hauptwächtermeister Dölling aus Dresden.

Dresdner Chronik

Der Bankrott der kirchlichen Friedhofsverwaltung

Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter schreibt uns: Die kirchlichen Friedhofsverwaltungen sind zahlungsunfähig geworden, obwohl sie schon seit Jahren die Gebühren für Beerdigungen sehr hoch ansetzten. Da die Angehörigen von Verstorbenen die jetzt zirka 100 bis 300 Millionen Mark betragenden Begräbnisgebühren nicht mehr bezahlen können, muß die Mehrzahl der Leichen auf sogenannte „Almojen“ auf Kosten der Stadt beerdigt werden. Schon seit mehreren Wochen zahlen die Kirchenfriedhöfe an ihre Arbeiter keine Grabdiene mehr aus oder sie geben nur geringe Abschläge, und die Beamteten erhalten keine Gehälter. Die dem Superintendenten Dr. Köhlig unterstehende Friedhofsverwaltung für die beiden größten Friedhöfe, den Johanniskirche und den Trinitatisfriedhof, hat allein an rückständigen Gehältern, Löhnen und sonstigen Verpflichtungen und 2 Millionen Mark ansetzen. Nun soll der Stadtrat Geld zur Bezahlung dieser Schulden leihen. Doch wird damit der Mißstand nicht behoben. Die Verwaltung der Friedhöfe aber an den Stadtrat abzutreten, lehnt Herr Dr. Köhlig ab, weil ein früherer Synodalbeschluss besteht, daß der den Kirchen die Abtretung von Grundstücken und Rechten an die Gemeinden über den Staat unterlag.

In welchen Scherzergelien das Verhalten der Kirche führt, zeigt gegenwärtig der Trinitatis- und der Johanniskirchfriedhof. Die Arbeiter beider Betriebe haben ihre Tätigkeit einstellen müssen, weil sie seit drei Wochen keinen Lohn erhalten. Wenn die Leibtragenden zur Beerdigung kommen, wird wohl die Einsegnung in der Halle vorgenommen, da aber kein Grab gemacht werden konnte, wird die Leiche wieder nach der Leichenhalle gebracht und die Angehörigen müssen unrichtigter Sache wieder nach Hause gehen. Sobald dann der Zustand der Leichen bedenklich wird, ordnet der Stadtrat bezugslos an Gründern der öffentlichen Gesundheit deren Beerdigung an. Trotzdem die Kirche die Beerdigungsgebühren einstellt, hat sie kein Geld zum Gräbermachen. Nun muß der Stadtrat die Gräber mit städtischen Mitteln ausfüllen lassen, was im Verlauf der letzten 10 Tage bei 15 Leichen nötig war.

Obwohl die Kirche unfähig zur Verwaltung der Friedhöfe geworden ist, doch sie auf einen alten Synodalbeschluss. Darunter leidet über die Gesamtbevölkerung. Insofern möchte sich der gegenwärtige Zustand der Dresdner Kirchenfriedhöfe zu einer staatspolitischen Frage aus. Die Totenbestattung bedarf dringend einer gesetzlichen Neuordnung.

Heimatklub

Am Sonnabend fand im Künstlerhaus die Generalversammlung des Landesvereins Sächsischer Heimatklub statt. Der stellvertretende Vorsitzende, Professor Dr. Schöffert, der die letzte, widmete dem verstorbenen Vorsitzenden, Kantor Karl Schmidt, einen warmherzigen Nachruf. Aus dem abendlichen Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Mitgliedsbeitrag des im Jahre 1923 mit 123 Mitgliedern gegründeten Vereins sich von 6000 Mark im Jahre 1919 auf 27 000 Mitglieder heute erhöht hat. Die finanzielle Lage des Vereins ist so, daß die „Mittelungen“, das Organ, das Verein und

Mitglieder eng verbindet, und jetzt die einzige Zeitschrift dieser Art, die in Deutschland noch besteht, weiterzuleben können. Auch die Heimatklubbeiträge des Vereins werden trotz den enormen Unkosten in gleicher Weise wie früher stattfinden, jedoch in Dresden als auch in anderen Städten des Landes. Aus wirtschaftlichen Gründen sind dem Verein einige wirtschaftliche Unternehmungen angegliedert worden, wie der Buchvertrieb und Buchhandel und der Verkauf von Kleinmünzgegenständen. Sie befriedigen die Erwartungen. Auch eine vom Staate genehmigte Lotterie brachte Lebenshilfe. Dergleichen sind die von den Gemeinden bisher geleisteten Zuschüsse bedeutungslos geworden. Die praktischen Abteilungen des Vereins, Baubereitungen, Volkshilfsförderung und Naturklub, erfüllen ihren Zweck sehr gut.

Aus dem Geschäftsbericht der technischen und künstlerischen Beratungskommission ist hervorzuheben, daß auf dem Gebiet des Kleinwohnungsbaues und der Denkmalpflege das Möglichste getan wurde, um die Verunstaltung des Landschafts- und Ortsbildes zu verhindern und vor allem auch die schlechte und unpraktische „Friedhofs-Kunst“ zu verbannen. Freilich druntenhalten auch heute noch Dausen sehr oft von kleiner gelblicher Bausteine wollen ihren Besitz, und mehr wie einmal wurde die Interventionen (auch bei den Denkmälern usw.) das egoistische, eigentumsfanatische Wort gehört: „Wir können für unser Geld bauen, was wir wollen!“ Den Schutze des Ortsbildes muß auf alle Fälle auf beschriebliche Genehmigung für maßgebende Bauteile gebungen werden. Das gilt auch für die farbige Behandlungen der Häuser in der Stadt und für die Hofreife, da auch hier Eingeleisungen genug vorhanden. Der Landesverein ist nicht zerkamerndlich, aber Auswärtige wie die Kellnerstraße, die in künstlerischer Hinsicht ein Beispiel ist, lehnt er entschieden ab.

Von dem Beschäftigten war der ergriffene der wichtigste, der dahin ging, den Verein für Volkshilfe und Volksklub (bisheriger Leiter Professor Schöffert) dem Heimatklub anzugliedern. Der Verein bringt als wertvolle „Mitglied“ eine Bibliothek in Leipzig und das bekannte Volksklubmuseum im Jägerhof in Dresden mit in die hoffentlich glückliche Ehe. — Bei den Vorstandswahlen wurde als erster Vorsitzender Professor Schöffert, als zweiter Vorsitzender Landtagsabgeordneter Meinel, Lauenberg, gewählt. Vorsitzender der Volksklubabteilung bleibt Kantor Schöffert, der Naturklubabteilung Professor Dr. Paul Schumann und der Baubereitungsstelle Oberregierungsrat Koch. Nach allgemeiner Wahl schloß Kantor Schöffert mit herzlichsten Dankesworten an alle, die sich im verflochtenen Jahre um die Förderung des Landesvereins verdient gemacht haben, die Hauptversammlung.

In seinen Einleitungsworten hob Professor Schöffert hervor, daß der Verein Heimatklub ein völlig unpolitischer sei und Mitglieder aller Parteien freilich vereinigen. Das ist für seine Zwecksetzung wichtig und hochzuachten. Aber bei dieser Gelegenheit kann daran erinnert werden, daß lange bevor der Heimatklub gebildet wurde, nämlich schon seit den vier Jahren des vorigen Jahres, die sozialdemokratischen Zeitungen, und nicht zum wenigsten auch die Vorgängerinnen der Dresdner Volkszeitung, sich energisch gegen die rückwärtske Verhinderung und Zerstörung der Natur und gegen die Verhinderung der Ortsbilder durch geschmacklose Bauten, und Mietsfernenbauten usw. gewendet haben, freilich lange Zeit, ohne Verständnis für ihre Bestrebungen zu finden. Schon in den vier Jahren begann in Dresden die östliche Spekulationsbauerei. Der Freiberger Platz bezeugt es. Dann folgte das banale „englische Viertel“ östlich der Prager Straße, nach dem 70er Krieg die Viertel hinter dem Hauptbahnhof und die noch trübseliger Appellwerkstatt für die Arbeiter. Auch später entstand das „bessere“ Mietsfernenviertel, das die weisheitsreiche Aussicht von der Brühlischen Terrasse nach den Leuchtweiher Bergen verbannt hat. Ein abschließendes Beispiel für den Spekulationsgeist dieser Zeit ist das seit den vier Jahren entstandene „Kaufmanns“. Auf einem Raum von etwa drei Quadratkilometern haben die Spekulationen nicht ein Fleckchen frei gelassen, nicht ein Spielplätzchen für die Kinder, nicht einen Ausflugsplatz. Nicht einmal ihrem Rathaus haben die Bauern damals einen Platz vorgelegt. Um den Barbarossaplatz herum hat Walter erst Dresden etwas Luft geschaffen. An eine Hauptstraße durch Striesen hat man nicht gedacht, so daß jetzt die Straßenbahn für Lin- und Rückweg verdrängende Straßen benutzen muß. Es war nur ein Zufall, daß der Scheitliche Garten nicht bebaut wurde, und nun endlich, auch mit auf das Drängen unfres Zeitung hin, zu einem Volkspark umgestaltet werden konnte. Ferner: Koch in den vier Jahren hat man den alten schönen Meißner-Viertel, der eine ideale Volkshilfsunterstützung für die westlichen Vororte hätte werden können, umgelegt, um eine Schokoladenfabrik und feine Mietsfernenhäuser zu bauen. Jahrzehnte später legte dann eine veränderte Stadtverwaltung für neues Geld die Anlagen auf dem Kirchberge an, die den zerstörten herrlichen Platz an der Weiskirch niemals ersetzen können.

Es muß immer und immer wieder an diese von vielen vergessenen und nie wieder gutzumachenden Mißgriffe erinnert werden, denn auch in neuerer Zeit ist noch vieles Unfassbare geschehen. Man denke nur an den Schillerplatz in Ostwies und den Körnerplatz in Ostwies. Man denke an das „Königshaus“ am Leuchtweiher Friedhof, das jetzt endlich die gütige Natur mit Grün bedeckt hat, das aber lange Jahre für den guten Geschmack ein schmieriger Stein des Anstoßes war. Auch allerneueste Schulbügereien sind

Doch lehren wir nach Southampton-Water zurück. Um 12 Uhr kam der Tender, der die englischen Passagiere an Bord brachte. Sie wurden mit der englischen Nationalhymne empfangen und schnell untergebracht, so daß schon eine halbe Stunde später die Dampfwinden nach mehrfachem vergeblichen Anzählen die Anker heraufbringen konnten. Sie beförderten gleichzeitig ein paar Kubikmeter zehntönigen Meeresgrunds an Deck, so daß unser Sommerlogis auf einige Stunden glemlich unwohnlich wurde. Dafür entschädigte uns der herrliche Blick auf die Insel Wight, an deren äußerster Klippen, den Needles (Nadeln) wir dicht vorbeifuhren, reichlich, bis auch die letzten Spuren der tiefen Mauer Englands unfren Wäldern entschwandten und damit unfre eigentliche Seereise begann.

Gibraltor

Es war Sonnabend früh 4 1/2 Uhr, als wir, von Frost und Neugierde getrieben, auf Deck getrocknen kamen. Seit Dienstag nachmittag 4 Uhr hatten wir mit Ausnahme einer Stunde am Freitag vormittag nichts gesehen als die kobaltblauen Wogen des Ozeans, ein paar in der Ferne vorübergleitende Schiffe, die unser Dampfer freundlich durch Hissen der Heckflagge grüßte, wenn es sich um befreundete Gesellschaften handelte, einige Wale, die ihre Fontänen spritzengelassen, und ein Kubel Delfine, die unermüdlich vor den die Wogen teilenden Bug des Schiffes herüber und hinüber sprangen. Deshalb war unfre Sehnsucht nach dem Anblick von festem Land einigermaßen verständlich; und wir wurden nicht enttäuscht. Mächtige Gebirgsstöcke tauchten vor unfren Augen auf, und die Menge der Dampfer, die sich in diesen Gewässern zeigten, kündeten die Nähe einer der wichtigsten Straßen des Weltverkehrs an. Doch dauerte es noch eine geraume Weile, bis das Rossenboot und das Frachtschiff von Gibraltor sich unfrem Schiff näherten. Gegen 7 Uhr gingen wir endlich auf der Reede vor Anker, und eine Viertelstunde später brachte uns der Tender Grille an Land. In der Hauptstraße besteht Gibraltor aus einer einzigen einformigen Straße, die aber einen unaußersichlichen Reiz empfängt durch das Leben, das sich dort abspielt. Alte Maurenwälder und schöne Spanierinnen, rotzürige Soldaten und schamlose Markttraber, die allerhand Trödel kaufen und verkaufen, Herden von Aleen, die gleich in die Köpfe der Beobachter gemorren werden, alles dies eint sich zu einem Bild, das an Quantität und Lebendigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. (Fortsetzung folgt.)

